Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/3541

Schriftlicher Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen (23. Ausschuß)

über den Antrag der Abgeordneten Dr. Löbe. Dr. Imle und der Fraktion der FDP

— Drucksache IV/3084 —

betr. **Mannheimer Akte**

A. Bericht des Abgeordneten Falke

Der Antrag der Abgeordneten Dr. Löbe, Dr. Imle und der Fraktion der FDP wurde in der 172. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. März 1965 an den Ausschuß für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen überwiesen, der ihn in seiner Sitzung vom 13. Mai 1965 abschließend beraten hat.

Die Antragsteller beabsichtigen, eine Klärung der Widersprüche zwischen Mannheimer Akte und EWG-Vertrag im Verhandlungswege herbeizuführen, die sie darin sehen, daß der EWG-Vertrag im Gemeinsamen Markt von gleichen und in irgendeiner Form gebundenen Tarifen und Beförderungsbedingungen ausgeht, während die Mannheimer Akte freie Transportpreise vorsieht und jeder tariflichen Bindung widerspricht. Einen weiteren Widerspruch sehen die Antragsteller darin, daß der EWG-Vertrag im Interesse eines echten Wettbewerbs jedem Verkehrsträger die ihm anlastbaren Wegekosten auferlegt, während die Mannheimer Akte in Artikel 3 eine Schiffahrtsabgabe verbietet.

Die Antragsteller betonen ausdrücklich, daß sie lediglich eine Lösung der bestehenden Gegensätze anstreben, ohne damit die Verhandlungen in die eine oder die andere Richtung lenken zu wollen.

Die Ausschußberatungen haben ergeben, daß die Bundesregierung diese Frage bereits seit längerer Zeit mit der Kommission als dem maßgebenden EWG-Organ diskutiert. Die Verhandlungen werden jedoch durch die äußerst verschiedenen Frachtvorstellungen der einzelnen Mitgliedstaaten erschwert. Es bleibt nur der langwierige Weg, zuerst eine Übereinstimmung in den EWG-Gremien herbeizuführen, um dann in Verhandlungen mit den übrigen Rheinanliegerstaaten einzutreten. Dafür ist ein längerer Zeitraum erforderlich.

Der Ausschuß hat beschlossen, den Antrag mit gewissen notwendigen Umformulierungen anzunehmen und zugleich das Bundesministerium für Verkehr aufzufordern, möglichst bald den Fachausschuß des kommenden Bundestages über den Fortgang der Beratungen zu unterrichten.

Bonn, den 2. Juni 1965

Falke

Berichterstatter

Ausschußantrag umseitig

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

in ihren Verhandlungen mit den Partnerstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dann mit den Signatarstaaten der Revidierten Rheinschiffahrtsakte von 1868 — Mannheimer Akte — dafür einzutreten, daß dieser Vertrag mit den Zielen des Vertrages von Rom übereinstimmend gehandhabt wird.

Bonn, den 13. Mai 1965

Der Ausschuß für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen

Dr. Bleiß	**Falke**
Vorsitzender	Berichterstatter